

Die Kandeler SPD spricht für die Bienwaldautobahn in Form der Hagenbachvariante aus, fordert aber die Beibehaltung der K 19 zwischen Hagenbach und Langenberg (die RHEINPFALZ berichtete gestern). Nach Auffassung der Bürgerinitiative Hagenbach (BI) führt diese Forderung den ganzen Raumordnungsbeschluss ad absurdum.

Die völlig neue Schneise durch den Bienwald in Form der Hagenbachvariante konnte nur dadurch legitimiert werden, dass die B 9 und die K19 renaturiert werden, argumentiert die BI. Die Renaturierung war damit in der Ökobilanz die Grundlage, um im Raumordnungsverfahren die von der Landesregierung und der Kandeler SPD gewünschte Hagenbachvariante begründen zu können.

Unbelegt sei dagegen die Aussage der Kandeler SPD, dass der Lückenschluss für die Region und Kandel notwendig sei. Tatsache sei, dass eine Autobahn durch den Bienwald - egal auf welcher Trasse - nur zusätzlichen Transitverkehr generiert, der der Region außer Umweltbelastungen nichts bringt. Ein Teil dieses Verkehrs würde dann sicher am Wörther Kreuz direkt nach Speyer oder Karlsruhe abfließen, so die BI. Ein großer Teil dieses zusätzlichen Verkehrs sei laut Verkehrsgutachten jedoch Richtung Landau orientiert. In Verbindung mit dem Ausbau der B 10 werden deshalb mit der Bienwaldautobahn auch Wörth und Kandel zusätzlich belastet, argumentiert die BI: "Von Hagenbach und Maximiliansau ganz zu schweigen, die den gesamten Verkehr zu tragen haben. Insoweit ist nicht der Ausbau der B9, sondern die Hagenbachtrasse, die umweltfeindlichste Lösung, die es geben kann."

Wenn jetzt die Kandeler SPD die Beibehaltung der K19 fordere, dann zeigt sie, dass für sie Raumordnungsverfahren und Ökologie nur Mittel zum Zweck waren, so der Vorwurf der Hagenbacher BI. Dies bedeute auch, dass Millionen von Steuergeldern für Umwelt- und Verkehrsgutachten sinnlos ausgegeben wurden. Wer so politisch taktiert, der handelt verantwortungslos.

Wer es ernst meine mit der Umwelt und den Sorgen der Bürger, der muss eine Autobahn durch den Bienwald und erst recht die Hagenbachvariante verhindern, so die BI: "Dies sollte auch die Landesregierung erkennen und mit den Bürgern eine akzeptable Lösung suchen." Ihr bisheriges Verhalten stehe im krassen Gegensatz zu der noch vor wenigen Wochen vom Ministerpräsident Beck zugesagten Einbindung der Bürger bei wichtigen Großprojekten.

Termin

Podiumsdiskussion zum Thema Bienwald-Autobahn, 17. Februar, Kulturzentrum Hagenbach, mit den Landtagskandidaten der Region. Barbara Schleicher-Rothmund (SPD) und Martin Brandl (CDU) haben bereits zugesagt. (red)
